

Leserbriefe

„Ein fairer Dialog sieht anders aus“

Zum Bericht „Projekt soll Sozialwohnungen bringen“ (SZ vom 16. Dezember):

Sichtlich geschockt habe ich erfahren, dass im Bereich Riedweg ein Projekt im sozialen Wohnungsbau beschlossen wurde. Zwei Gründe möchte ich für meine Bertoffenheit über diese Entscheidung anführen.

Zum einen betrifft dies die Informationspolitik der Stadt. Die Entscheidung über das Vorhaben wurde den Bürgern im Vorfeld nicht offen mitgeteilt, nur das Mindestmaß an Information wurde im Vorfeld veröffentlicht, sodass sich die Bürger quasi nicht auf die Gemeinderatssitzung zwei Tage vor dem Corona-Lockdown vorbereiten konnten. Dass ein Projektvorhaben solcher Größe Fragen und Ängste bei den Bürgern hervorruft, ist wohl selbstredend. Ein fairer Dialog mit den Bürgern sieht anders aus, speziell auch seitens der

Fraktion, die sich immer rühmt, den Dialog mit den Bürgern zu suchen (Beispiel Diskussionsstände auf dem Wochenmarkt).

Der zweite Grund meiner Besorgnis ist die Größe des Projekts. Drei sogenannte Hoffnungshäuser und vier Doppelhäuser sind in der Planung. Wie kommt diese Größenordnung zustande? Gab es eine Bedarfsanalyse bezüglich Aulendorf, die weiterführender ist als die pauschalen Daten, die in der Vorlage zur Gemeinderatssitzung stehen? Sozialer Wohnungsbau ist notwendig, aber angepasst an die Bedürfnisse der Stadt. Durch den Verkauf des Grundstücks an die Stiftung Hoffnungsträger wurden seitens der Stadt Fakten geschaffen. Die Stadt hat somit auch keinen Einfluss mehr auf die konkrete Nutzung. Ob dieser Wohnraum für Aulendorfer Bürger genutzt werden kann oder anders vermietet wird, entscheidet nun ein Träger mit Sitz in Leonberg.

Markus Vogl, Aulendorf